



Ausgabe
2 / 2015

23. Bezirk

AKTIVITÄTEN DER FREIHEITLICHEN

* Bürgerkontakte

Gerne nehmen wir uns für Sie Zeit. Bitte informieren Sie uns über Ihre Probleme und vereinbaren Sie mit uns einen Gesprächstermin!

* Besichtigung von Problemstellen im Bezirk

Je nach Bedarf erstellen wir auch Foto- und Videodokumentationen über Ihre Themen. Diese können dann Behörden oder Vertretern von Medien als Darstellung vorgelegt werden. Es fallen dabei keine Kosten für Sie an!

* Fotos & Videos

* Pressedienste

* Zeitungsausschnitte

* Internet

* Lärmmessungen in Liesing

Bei Lärmproblemen in Ihrer Umgebung, stellen wir Ihnen gerne kostenlos ein Lärmmessgerät zur Verfügung.

**WIR NEHMEN
IHRE WÜNSCHE
UND SORGEN
ERNST**

Der Wähler hat immer recht, aber ist er deswegen ein Trottel?

Eine Entgleisung der übelsten Art

„Der Wähler hat immer recht. Kann schon sein. Aber er war heute ein Trottel.“ Das schrieb der steirische ÖVP Kämmerer Gunther Riedlsperger, nach der für Schwarz/Rot katastrophalen Wahl auf Facebook.



Bildschirmfoto aus dem Internet

Entlarvend wie Funktionäre der einstigen Großparteien jene Wähler sehen, die ihnen in Scharen davongelaufen sind. Sie wollen trotzdem weiter machen wie bisher. Es gilt das „gebrochene Wort“ des SP LH Kandidaten Voves, der ja noch am Wahlmorgen zurücktreten wollte, wenn er weniger als 30% der Stimmen erhalten würde. Nach den desaströsen Verlusten war es dann plötzlich anders. Er nahm sich ein Beispiel am Notariatsakt der Grünen in Wien und blieb. Bis er dann die Nerven verlor und die steirische SP an die VP verschenkte. Seit her wird das von manchen Medien als „Selbstlosigkeit“ verkauft, weil er unbe-

dingt die siegreiche FPÖ, die sich verdreifacht hatte, verhindern wollte. Sehr viel seiner Genossen sehen dies aber als „bedingungslose Kapitulation. Sein Verhalten ist kein Einzelfall. Unter Kanzler Faymann hat die SPÖ 12 von 14

Wahlen verloren und auch der klammert sich noch immer an seinen Sessel am Ballhausplatz. Spätestens nach der Wienwahl hat auch seine Stunde geschlagen!

Kontakt zur Realität verloren

Auch in Wien haben die Funktionäre der Regierungskoalition jeden Kontakt zur Realität verloren. Sie glauben die Wahl mit Events (Lifeball, Songcontest ...), Am-

pelweibchen und singenden Kanaldeckeln zu gewinnen, während die Arbeitslosigkeit in Wien geradezu explodiert, die Qualität der Schulabgänger in den Keller geht und Messerstechereien und Gewalt immer mehr alltäglich werden.

Hohe Verschuldung der Stadt Wien

Uns Freiheitlichen wird dabei vorgeworfen, wir würden alle Probleme auf die steigende Migration - ein Ende ist nicht abzusehen - und die EU schieben. Das stimmt nicht. **Die unverantwortliche Verschuldung der Stadt und das Verpulvern von Mitteln in obskure Projekte und zweifelhafte Vereine, ist eindeutig der Regierung zuzurechnen.** Wenn aber die Arbeitslosenzahl erschreckend ansteigt und gleichzeitig die Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber gefordert wird, dann ist das schizophoren und umso unlogischer, weil gleichzeitig aus der Statistik hervor-

Fortsetzung auf Seite 2



Umweltstadträtin Ulli Sima lauscht fasziniert einem „singenden“ Kanaldeckel.



Fortsetzung von Seite 1

geht, dass **Migranten ohne ausreichende Deutschkenntnisse oder Schulabschluss bei den Sozialhilfebezieheren weit überproportional vertreten sind.**

Verschärfend wirkt dabei noch der Zuzug von besser ausgebildeten EU-Bürgern, die vor allem die Gruppe der Türken weiter in die soziale Hängematte (die natürlich von uns finanziert werden muss) verdrängen.

Immer mehr Probleme durch ungehemmte Zuwanderung

Die neuen EU-Staaten und Osteuropa schicken aber nicht nur die gut ausgebildeten Arbeitswilligen, sondern exportieren auch Prostitution, Bettler und Kriminelle. **Knapp die Hälfte der In-**

sassen unserer Gefängnisse (Kosten pro Häftling und Tag zwischen 150,- € und 300,- €!) sind Ausländer. Und auch der größte Teil der Problematik in unseren Schulen ist auf die ungewohnte Zuwanderung zurückzuführen!

Monatlich kommen bis zu 10.000 Asylwerber nach Österreich

Gänzlich außer Kontrolle geraten ist aber die Migration von überwiegend Wirtschaftsflüchtlingen aus Nordafrika. Man will uns einreden, dass für ein „reiches Land“ wie Österreich (Staatsverschuldung „nur“ über 80% des Bruttoinlandsproduktes) doch einige hundert Flüchtlinge kein Problem bedeuten können. **Gegenwärtig aber kommen zwischen 250 und 300 (erfasste) Asylwerber täglich. Das ergibt pro Monat**

fast 10.000 Menschen, denen Unterkünfte mit einem „österreichischen Standard“, wie es manche Organisationen fordern, gegeben werden sollen. Hinsichtlich Wohnungsbedarf müsste Österreich dann alle 3 Monate zwei Mal eine Stadt wie Eisenstadt errichten und deren Bewohner mit der gesamten Einrichtung, Kleidung und sozialer Versorgung ausstatten, von Arbeitsplätzen ganz zu schweigen. Mit der EU-Solidarität ist es in dieser Frage nicht weit her.

„Die 3 Baltikumstaaten nehmen gemeinsam pro Jahr so viele Asylwerber auf wie Österreich in einem“ erklärte kürzlich ein Vertreter des BMI im ORF.

Die Regierungen in Bund und Stadt, aber auch in der EU, stehen diesem Ansturm aus Afrika hilflos gegenüber. Sie wagen es

nicht die Wahrheit zu sagen, weil sich die harte Realität nicht mit ihren gutmenschlichen Traumvorstellungen deckt, und sie außerdem eingestehen müssten, dass sie schon seit langem versagt haben und in die falsche Richtung steuern. Der Schock der letzten Wahlen hat sie etwas aus ihrer Lethargie gerissen, er genügt aber noch nicht.

Erst Wien muss der wirkliche Erdbeben werden um eine Kursänderung im Sinne der eingesessenen Bevölkerung einzuleiten. Wenn dies nicht geschieht wird man unsere Heimat und unsere Stadt in einer Generation nicht wiedererkennen.



Mag. Wolfgang JUNG (Bezirksobmann FPÖ Liesing, Gemeinderat und Abg. z. Landtag)

Grabsteine als Baumaterial verwendet

Grabsteine dienen zur Bodenbefestigung

In den letzten Monaten wurde, zwischen Willergasse und Kaiser-Franz-Josef-Straße, ein weiteres Teilstück des Liesingbaches renaturiert.

Für die Bauarbeiten wurden dabei auch Grabsteine auflassener Gräber verwendet.



Grabsteine als Böschungsbefestigung beim Liesingbach.

Diese Vorgangsweise ist wenig pietätvoll, aber in Wien offenbar durchaus üblich. **Selbst bei Straßenbauarbeiten finden ausgediente Grabsteine Verwendung. Wir verlangen daher, dass dabei zumindest die Inschriften entfernt werden.** Nicht so an der Liesing, hier wurden ca. ein Dutzend Grabsteine, mit der Inschrift nach oben, als Bodenbefestigung verwendet. Dies wurde durch unseren Bezirksobmann im Gemeinderat bemängelt, die zuständige Stadträtin Sima fand es bisher aber nicht notwendig einzuschreiten.

Man stelle sich vor, die Grabsteine würden von einer nichtchristlichen Religionsgemeinschaft stammen, der Skandal wäre österreichweit Diskussions-thema. Die FPÖ fordert eine Änderung dieser Zustände.

Eindrucksvoller Protest gegen Fluglärm

Eine Besserung ist nicht in Sicht

Trotz zahlreicher Versprechen von SPÖ und Grünen, leiden noch immer tausende Liesinger unter dem weiter zunehmenden Fluglärm. Zu bis zu 85 Starts pro Tag kommt es alleine über Liesing!

Die Bürgerinitiative "Liesing gegen Fluglärm" veranstaltete deshalb am Samstag, dem 30. Mai eine Demonstration vor dem Parlament. "Ein eindrucksvoller Protest, welcher die verantwortlichen Politiker in Bund

und Stadt endlich aufrütteln sollte. Der von den Bürgern und der FPÖ zur Lärmreduzierung seit langem geforderte gekurvte Anflug kommt ebenso wie alternative Flugrouten über weniger dicht besiedeltes Gebiet leider nur gelegentlich in Sonntagsreden der rot-grünen Rathauskoalition vor.

FPÖ-Fluglärmsprecher LAbg. Toni Mahdalik und Liesings FPÖ-Klubobmann Roman Schmid unterstützten die Protestkundgebung und fordern von Rot/Grün endlich Taten statt leerer Worte.



Auch Freiheitliche Liesinger Bezirksmandatäre protestierten vor dem Wiener Parlament.

Umstrittenes Bauvorhaben in Mauer - Anrainer ziehen vor Gericht

Auf dem Grundstück Haymogasse Nr. 16-20, wurde überraschenderweise eine Baugenehmigung für die Errichtung von fünf Wohnblöcken erteilt, obwohl der Bauträger beabsichtigt, die zulässig zu verbauende Fläche um 25 Prozent und auch noch die erlaubte Bauhöhe um ein viertes Stockwerk zu überschreiten. Da bisher alle Einwendungen der Nachbarn ignoriert wurden und auch am Bauausschuss des Bezirks „vorbeigearbeitet“ wurde, haben die Anrainer mehrere Beschwerden vor dem Verwaltungsgericht eingebracht.

„Wohnprojekt hebt Bauvorschriften aus“ ▶ Anrainer fühlen sich von Stadt verraten

Neubau als rotes Tuch für Bürger

Auf dem Gelände einer ehemaligen Sektellerei in der Haymogasse sollen acht Wohnblöcke entstehen. Diese werden die Häuser der Umgebung um meh-

retere Meter überragen. Die Nachbarn laufen dagegen Sturm, fühlen sich von der Stadt aber im Stich gelassen. Denn die hat jetzt die Genehmigung erteilt.

zu verbauende Fläche um 25 Prozent und auch die erlaubte Bauhöhe durch ein viertes Stockwerk überschreiten.

„Wir sehen uns die Baubewilligung jetzt ganz genau an und sind im engen Kontakt mit unserem Anwalt. Wir werden das sicher nicht einfach so hinnehmen“, gibt sich Anrainer Dieter Dungal kämpferisch. Die Baupolizei

hat alle Einsprüche der Nachbarn mit der Genehmigung einfach weggewischt. Die fühlen sich aber im Recht. „Wir haben nichts gegen einen Bau, aber es müssen für alle die gleichen Regeln gelten“, so der Tenor. Laut Anrainern würde der Bau...

Rückendeckung gibt es von Seiten der FPÖ. „Hier wird an der Bezirkspolitik vorbei gearbeitet. Es kann nicht sein, dass in solchen Fällen der Bauausschuss kein Mitspracherecht hat“, so FP-Bezirksrat Romain Schmid. Noch läuft die...



Die Anrainer sind sauer: Gelten für Bauträger andere Regeln?

Artikel aus der Kronen-Zeitung.

Schiefe Optik bei Erteilung der Baugenehmigung

Auch aus politischer Sicht ist diese Vorgangsweise mehr als fragwürdig. Während sich der Bauausschuss des Bezirkes bei

den kleinen „Häusbauern“ schon mit geringen Abweichungen der Bauordnung beschäftigen muss, können anscheinend die großen Bauträger um 25 Prozent mehr als zulässig verbauen und auch noch ein Stockwerk draufsetzen, ohne dass der Bauausschuss etwas davon erfährt.

Anscheinend hatte jemand die Befürchtung, dieser könnte sich dagegen aussprechen, denn die Freiheitlichen Bezirksräte hätten dem Vorhaben sicher nicht zugestimmt.

Auch Liesing bleibt vom Bettlerunwesen nicht verschont

Aggressive Bettelbanden – auch in Liesing ein zunehmendes Problem

Das aggressive Bettlerunwesen gehört in vielen Teilen Wiens bereits zum traurigen Alltag.

Auch vor Liesing hat die Bettlermafia nicht halt gemacht. Sie besetzen in Banden leer stehende Gebäude, die ihnen als Unterschlupf und Ausgangspunkt für ihre Touren dienen. In den öffentlichen Verkehrsmitteln kann man sie auf dem Weg zu ihren „Arbeitsplätzen“ in die Innenstadt, zu Einkaufszentren und Haltestellen der Verkehrsbetriebe beobachten. Aufgrund ihrer steigenden Zahl, hat mittlerweile ein Verdrängungswettbewerb eingesetzt, aufgrund dessen sie nun vermehrt auch in den Außenbezirken wie Liesing anzutreffen sind.

FPÖ fordert Bettelverbot an neuralgischen Punkten

In Liesing treiben die Bettelbanden ihr Unwesen um den Liesinger Bahnhof, aber auch auf den Supermarktparkplätzen wird aggressiv gebettelt, oft in Form von aufdringlichen Zeitungsverkäufern oder beim



Kaum ein Supermarkt ist mehr verschont, vor welchen Bettler den Kunden auflauern.

aggressiven Angebot von Einkaufswagerln, auch in der Tiefgarage im Riverside.

Mit Fragen: „Wie viel Kleingeld hast Du?“ versuchen die Bettler mit den Passanten ins Gespräch zu kommen, wie uns eine ältere Dame, die sich auf ein solches Gespräch eingelassen hatte berichtet, danach war die Briefftasche weg ...

Bisher hat die Rot/Grüne Rathauskoalition ein Bettelverbot immer abgelehnt, obwohl sogar das SP-regierte Salzburg ein solches eingeführt hat. Aufgrund der zunehmenden Problematik werden wir Frei-

heitlichen aber weiterhin für zumindest sektorale Bettelverbote an neuralgischen Punkten, wie Einkaufsstraßen, in öffentlichen Verkehrsmitteln (dort gilt es eigentlich schon) oder Öffi-Stationen eintreten.



Zur Sammeltransporthilfe werden oftmals Einkaufswagerl entwendet und später irgendwo abgestellt.

Autobuslinie 64A

Verkehrspolitik auf Rot/Grün: Ampelweibchen ja - Busanbindung nein



In Liesing leben ca. 96.000 Menschen - Tendenz stark steigend - trotzdem werden die öffentlichen Verkehrsmittel mancherorts ausgedünnt. So auch die Autobuslinie 64A, die am Wochenende nur mehr kurz geführt wird. Somit ist der Liesinger Friedhof mit den Öffis nicht mehr erreichbar. Betroffen davon sind vor allem ältere und gebrechliche Personen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind. Ihre Ausdünnung ist ein Ärgernis besonders für Monats- und Jahreskartenbesitzer.

Die FPÖ hat deshalb den Antrag eingebracht, die Linie 64A auch in Zukunft wieder am Wochenende bis an den Liesinger Friedhof zu führen. Das Büro von Stadträtin Brauner lehnte dies aber ab.

Grillorgien im Draschepark sorgen seit Jahren für Ärgernisse

Draschepark - Müllberge und Fäkalien nach Grillorgien

In Inzersdorf hat wieder die Grillsaison Einzug in den Draschepark gehalten. Genutzt wird dieser hauptsächlich von Angehörigen der türkischen Gemeinde - „Österreicher“ sind an den Grilltagen kaum mehr anzutreffen.

In der Vergangenheit wurden sogar Spaziergänger mit Hunden immer wieder von den „Grilltouristen“ angepöbelt - die eingesessenen Wiener fühlen sich in der Parkanlage einfach nicht mehr zuhause.



Hier finden Ratten reichlich Nahrung.

Nach den Wochenenden zeugen dann wahre Müllberge von regelrechten Grillorgien. Die auf Kosten der Steuerzahler aufgestellten Müllcontainer sind hingegen fast unbenutzt. Obwohl auch zahlreiche mobile Toiletten aufgestellt wurden, sind manche Parkwege mit Fäkalien und Toilettenpapier geradezu übersät. Abgesehen von den hohen Kosten für die Müllbeseitigung und Toilettenan-

lagen, ist dieser Zustand nicht nur unappetitlich, sondern auch gesundheitsgefährdend. Gerade spielende Kinder sind durch die Fäkalien einem erhöhten Infektions-

risiko ausgesetzt, aber auch die Anrainer werden durch Lärm und Rauchbelastigung in Mitleidenschaft gezogen.

maligen Inzersdorfer Nahrungsmittelwerke, den nahe gelegenen Draschepark durch eine entsprechende Umgestaltung für die Inzersdorfer Bevölkerung wieder zu einem attraktiven Erholungsgebiet machen. Im Rahmen dieser Neugestaltung soll für die

gesamte Parkanlage ein Grillverbot verhängt werden.“

In weiterer Folge wurde vereinbart, dass dieser Antrag umgesetzt werden wird, sobald die Wohnungen auf dem Gelände der ehemaligen Inzersdorfer Nahrungsmittelwerke errichtet werden. Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

Die Liesinger Freiheitlichen werden deshalb darauf achten, dass diese Vereinbarung auch eingehalten wird, damit die Parkanlage in Zukunft wieder als Erholungsgebiet für „ALLE“ zur Verfügung steht.



Rauchschwaden unzähligen Gartengriller ziehen bis in nahegelegene Wohngebiete.

FPÖ-Antrag: Grillverbot und Neugestaltung

Der einst stattliche Schlosspark hat wahrlich schon bessere Zeiten gesehen und neben dem Liesinger Straßenstrich, zählt er heute zu den Schandflecken des Bezirkes.

Die FPÖ hat bereits im September 2010 folgenden Antrag eingebracht: „Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen im Zuge der Neugestaltung auf dem Gelände der ehe-



In der Natur entsorgtes Verpackungsmaterial „verzieren“ die Wege.



Achtlos liegen gelassene Essensreste locken immer öfter Raten an.

„Luxus“ Wohnmodell Inter-ethnische Nachbarschaft

„Sie brauchen bei uns keinen Pass, keine österreichische Staatsbürgerschaft. Im Prinzip steht unser Projekt allen Interessenten offen, die die Konditionen für den Bezug einer geförderten Wohnung erfüllen.“

Mit diesen Worten wurde für das Inter-ethnische Wohnbauprojekt der gemeinnützigen Wohnbauvereinigung der URBAN Bau geworben. Im April 2000 wurde der Wohnbau „In der Wiesen“, Anton-Baumgartner-Straße 129 mit 300 Bewohnern aus 17 Nationen besiedelt. Dabei sollten 50% der 140 Wohnungen an Österreicher und 50% an Zuwanderern vergeben werden.

Spezielle Kennzeichen der Planung waren vorgegeben

Ausreichend Platz für Rückzug und Begegnung - insgesamt 1.236,00 m², verteilt auf :

- Veranstaltungsraum (312 m²)
- 4 Gemeinschaftspenthäuser mit Dachterrassen (zusammen 120 m²)
- 4 überdachte Gemeinschaftsloggien (gesamt 180 m²)
- Kinderspielraum (51 m²)
- tagesbelichteter Waschsalon mit Sichtkontakt auf den eigenen Kinderspielplatz
- Wellnessbereich mit Sauna, Dampfbad, Sitzcken und Ruhezone (209 m²) (Burkaszwang?)
- Abstellräume für Kinderwagen, Räder (318 m²)
- Wohnungsgrößen von 44 bis 108 m². Die Erschließung der Wohnungen erfolgt großteils über Laubengänge, bunt gefärbte Fassadenflächen und Loggienverbauten.
- Wiener Niedrigenergie-Standard, die Begrünung weiter

Teile der Dachflächen und durch die Südorientierung aller vier Baukörper; Brauchwasserbrunnen, Demonstrationsflüsschen, Fotovoltaik- Element im begrünten Innenhof; zwei Dachgärten-Reihen, die von den Bewohnern zu blühenden Vegetationsebenen und zu einem Mikrokosmos für nachbarschaftliche Begegnung ausgestaltet werden sollten.

- In der Übergabephase stand den Mietern ein mehrsprachiges Serviceteam zur Seite, temporär auch das Angebot einer kostenfreien Kinderbetreuung.
- Hausbetreuung: In der Wohnhausanlage wurde ein Hausmeister mit technischer Ausbildung, Erfahrung in Betriebsführung und hohen kommunikativen Qualitäten betraut, der überdies Migrationshintergrund aufweist.

Die vielsprachige Herkunft der Bewohner machte auch Gemeinschaftsatellitenanlagen, kombiniert mit flexiblen Relaisstationen notwendig, um den Empfang von bis zu 84 weltweiten TV- und Radioprogrammen bei höchster Qualität zu gewährleisten. Die Kosten dafür wurden bereits teils in die Miete inkludiert.

Keine Antworten auf berechnete Fragen

Da dieses Wohnbauprojekt für einen geförderten Wohnbau ungewöhnlich viel Luxus aufweist, hat die FPÖ in der Bezirksvertretung sowie im Gemeinderat Anfragen dazu eingebracht. Dabei wollten wir unter anderem wissen, wie hoch die Kosten für dieses Wohnmodell waren, wie hoch die laufenden Kosten für die Betreuung der Bewohner ist, in welcher Höhe das Projekt gefördert wurde bzw. noch gefördert wird und ob der ursprüngliche Verteilungsschlüssel



„Luxus“ Wohnmodell Inter-ethnische Nachbarschaft in der Anton-Baumgartner-Str. 129

50% Österreich und 50% Zuwanderer verwirklicht wurde.

Man sollte glauben, dass diese Fragen zu einem Projekt, das den Wiener Wohnbaupreis 2009 gewonnen hat, leicht zu beantworten gewesen wären. **Leider konnte**

oder wollte man uns keine Antworten geben. Stellt sich nur noch die Frage: „Warum nicht“. Ob mit solchen „Prestige Projekten den zahlreichen österreichischen Wohnungssuchenden, geholfen ist, ist mehr als fraglich!

Der Schmäh mit der "Wunschschule"

In Wien wird es dieser Tage ernst mit dem Wechsel aus der Volksschule in eine Sekundarstufe. Rund die Hälfte der Noch-Volksschüler möchte dabei in eine AHS wechseln. Laut Stadtschulrat kommen rund 97 Prozent aller Kinder in die gewünschte Schule. Stimmt das aber auch?



Oftmals ist nur ein längerer Schulweg die einzige Alternative zur „Wunschschule“.

Die Situation an den Gymnasien in Liesing ist angespannt!

Denn vor einigen Wochen flatterten die Zu- bzw. Absagen über die Aufnahme in einer weiterführende Schule nach der vierten Klasse Volksschule in die Haushalte. Für viele der Schock: Nach aktuellem Stand und trotz guten oder sogar aus-

gezeichneten Schulerfolgs erhalten **viele Liesinger Volksschüler keinen Platz an ihrem Wunschgymnasium**, obwohl sie ein Recht darauf hätten. Besonders begehrt ist auch heuer wieder das **Bundesrealgymnasium in der Anton-Baumgartner-Straße**. Alleine hier musste aber über **100 Kindern abgesagt** werden. Die Plätze wurden nämlich überwiegend an Kinder mit ausschließlich Einsern seit der 3. Volksschulklasse, vergeben.

Jene Schüler, welche eine Absage erhalten haben, werden in den nächsten Tagen an der von ihnen angegebenen zweiten "Wunschschule", zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. **Eine Aufnahmegarantie gibt es auch dort nicht. So kann man Probleme also schön reden!**

Es bleibt dann nur die Hoffnung darauf, dass erfahrungsgemäß immer wieder Schüler auf ihren Schulplatz verzichten und andere auf der Warteliste dann doch noch zum Zug kommen.

Prostitutionsgesetz ist völlig wirkungslos!



◀ Ein unappetitliches Bild: In der Wohngegend scheint das Geschäft sehr zu florieren. ▶ Erschreckend. Am Weg zu den Örtis müssen die Kinder an diesem Abfall vorbei. Ein unhaltbarer Zustand.

Straßenstrich hinterlässt Spuren im Wohngebiet ● Das Geschäft floriert offenbar

Anrainer klagen über Sex-Ahfülle

In der Brunner Straße in Liesing ist die Straßenprostitution erlaubt. So gern die Stadt das seit dem gültigen Prostitutionsgesetz...

Artikel aus der Kronnzeitung.

Schon im Dezember 2011 stellte die FPÖ-Liesing eine Anfrage an den Bezirksvorsteher zum Thema „Straßenprostitution“...!

Grund dafür war das im November 2011 geänderte Prostitutionsgesetz und die Befürchtung, dass dadurch in Liesing ein Straßenstrich mit allen negativen Begleiterscheinungen entstehen könnte. Bezirksvorsteher Wurm amüsierte sich damals noch über unsere Anfrage und hielt einen Straßenstrich in Liesing für ausgeschlossen.

Liesing ist Zentrum des Straßenstrichs

Heute ist Liesing Zentrum des Straßenstrichs und wir haben leider mit unseren Befürchtungen wieder einmal Recht behalten.

Tagtäglich stehen die Prostituierten - bewacht von bulgarischen und rumänischen Zuhältern - entlang der Brunner Straße und der Perfektastraße.

Die Folgen sind:

- Belästigte Anrainer;
- Gefährdung der Verkehrssicherheit durch aggressives Werben;
- Verschmutzung der Umgebung durch Taschentücher, Kondome und Fäkalien;
- Belastung der Steuerzahler durch die täglichen Reinigungsarbeiten;
- Folgekriminalität.

Unzumutbare Zustände für Anrainer und Betriebe

Die Prostituierten dürfen dank ihrer Schutzpatronin, der SPÖ-Stadträtin Frauenberger, zwar ihre Freier im Liesinger Industriegebiet legal anwerben, die Ausübung im öffentlichen Raum ist allerdings verboten. Deshalb weichen sie auf private Firmenparkplätze und dunkle Nebenstraßen aus - auch im Wohngebiet. Der betroffene Bereich zieht sich von der Franz-Parschegasse in Liesing bis zur Kugelmansiedlung in Erlaa.

Die Bürger haben jetzt die Nase gestrichen voll und viele befürchten auch noch eine Wertminderung ihrer Liegenschaften. „Ein Grundstück

brauchten Kondome „verschandeln“ auch die Kundenparkplätzen der nahegelegenen Supermarktketten „Billa“ und „Hofer“. Einige Betriebe haben deshalb ihr Gelände bereits mit Schranken versehen.

FPÖ prüft rechtliche Schritte gegen Bordellbusse

Seit einiger Zeit werden von den Zuhältern auch Kleintransporter eingesetzt. Die Fahrzeuge stehen entlang der Brunner Straße sowie auf der Perfektastraße gegenüber der Bäckerei „DerMann“.

Rot/Grünes Wien ist das einzige Bundesland mit legaler Straßenprostitution

Seit Jahren fordert die FPÖ ein Verbot der Straßenprostitution für das gesamte Wiener Stadtgebiet, statt dessen sollen „Lauf-

Inneneinrichtung eines „Bordell-Busses“.



In solchen Kleintransportern gegenüber einer Großbäckerei bedienen die Prostituierten ihre Kundschaft.

in der Nähe eines Straßenstrichs will natürlich kaum jemand erwerben!“, so eine Anrainerin.

häuser“, die entsprechende Sicherheits- und Hygienestandards erfüllen, außerhalb von Wohngebieten genehmigt werden.

Auch für die umliegenden Betriebe bedeutet der Straßenstrich eine unzumutbare Belastung. Auf den Firmenparkplätzen finden sich jeden Morgen die Spuren des nächtlichen Treibens. Die ge-

Wir Freiheitliche werden die Betroffenen jedenfalls nicht in Stich lassen und weiter für ein Ende der Straßenprostitution kämpfen!



Die Liesinger Freiheitlichen setzen sich für ein Verbot des Straßenstrichs in unserem Bezirk ein.

Fortsetzung von Seite 6

Beschwerden der Anrainer werden vertuscht

Von der zuständigen Stadträtin, wird immer wieder behauptet, dass es kaum Beschwerden über den Straßenstrich gäbe und dass folglich alles in Ordnung sei. Die Anzahl der uns bekannten Beschwerden deckt sich nicht mit diesen Angaben. Dieser Umstand lässt nur eine Schlussfolgerung zu:

„Stadträtin Frauenberger redet Beschwerden klein und unternimmt nichts gegen die Missstände, denen die Anrainer ausgesetzt sind.“

Geld fürs Ausland und Ferkeleien!

Ein großer Teil der Fördergelder, vor allem im Bereich der Integrationsstadträtin, wird nicht, wie es ihre Aufgabe wäre, für Integration in Wien eingesetzt, sondern für oft obskure (Gender)Projekte in Afrika, Asien und Südamerika verwendet. Auf einige dieser seltsamen Zahlungen haben wir bereits in der letzten Ausgabe aufmerksam gemacht. Wir werden weiter auf die größten Missstände hinweisen. Auch im Bereich „Kunst und Kultur“ wird Seltsames gefördert.

Sadomaso und Natursekt als förderwürdige Kultur



Sadomaso und Natursekt findet man sonst nur auf einschlägigen Seiten im Internet. Die „Kulturhauptstadt“ fördert solche Schweinereien im Rahmen der Wienwoche mit 453.000.- € (!) - Unserem Steuergeld. Nachstehend dazu ein Auszug aus dem Gemeinderatswortprotokoll vom 25. März 2015 (GR EBINGER FP): „Letztes Jahr unter dem Titel **„Migracija-yeah-yeah“** war das Einzige, was wirklich gemacht wurde, der **Kopulati-**

Ein guter Rat: Wer sich beschweren möchte, sollte dies schriftlich per Mail machen und eine Kopie davon aufbewahren.

Steuerhinterziehung amtlich geduldet?

Der Straßenstrich in Liesing hat aber auch einen finanzrechtlichen Aspekt. Es stellt sich nämlich die Frage, inwieweit hier eine offenkundige Steuerhinterziehung, unter den Augen der Öffentlichkeit - toleriert wird. **Wenn Stadträtin Frauenberger weiterhin den Straßenstrich toleriert, dann toleriert sie auch den damit verbundenen Steuerbetrug.**

onsringball mit Natursektempfang. Okay, jedem Tierchen sein Pläsierchen, kann ich da nur sagen. Das fällt ziemlich sicher schon unter massives Minderheitenprogramm, nur weiß ich gar nicht, was das für einen Konnex zu Migracija hat ...

Vom vorletzten Jahr kann ich mich an mehr Dinge erinnern. **Da gab es ja auch die Natursektbar, als ihr den Phettberg an den Baum in Margareten gefesselt habt...** Dann kann ich mich erinnern an die Dornenhecke, an die Brombeerhecke, wo man sich anketten wollte, an die Stadtfucht. Letztes Jahr war es eigentlich nicht mehr lustig. **Der flutschige Einlauf**, na ja, okay, und alle anderen Veranstaltungen. Ich frage mich auch, es gibt ja keinerlei Einnahmen von diesen Veranstaltungen. Es gibt ja offenbar keinen, der freiwillig für irgendeine Veranstaltung Eintritt zahlt. Die 453.000.- € gibt die Stadt Wien, sonst gibt da keiner was“.

Nachsatz: Und die (noch christliche?) ÖVP stimmte zu und wurde dafür mit 400.000.- € aus dem Stadtsäckel für ein eigenes Fest bei der Stange gehalten. Ob diese „Festerl“ wirklich von den traditionellen SP Wählern gebilligt werden, können wir dann im Herbst bei der Wahl beobachten.

„In der Wiesen Ost“ – Bürgerproteste zeigen Wirkung

Die jahrelangen Proteste gegen Stadträtin Vassilakous Lieblingsprojekt „Urban Gardening“ „In der Wiesen Ost“ waren anscheinend nicht umsonst. Nachdem sich, auf Drängen von uns Freiheitlichen, die Bezirksvertretung im März in einer Stellungnahme gegen das Projekt ausgesprochen

aufgestockt. Voran gegangen waren leidenschaftliche Proteste der Anrainer, die im März, vor dem Amtshaus in Liesing ihren Höhepunkt erreichten. Konkrete Pläne liegen dem Bezirk derzeit noch nicht vor, eine „Umgehungslösung“ ist des halb noch immer zu befürchten.



Artikel aus der „Heute“.

hatte, scheint Bewegung in die Sache gekommen zu sein. **Nur die Grünen hatten in der Sitzung gegen eine Reduktion der Bauhöhe und gegen die Erhöhung der Parkplätze gestimmt.**

Bürger zwingen die „Grünen Monsterbauten“ in die Knie

Nun sollen die viel kritisierten 60 Meter hohen Wohntürme auf 35 Meter reduziert werden. Ebenso wird die Anzahl der vorgeschriebenen Parkplätze

Bürgerversammlung und Petition in Vorbereitung

Deshalb haben, auf Anregung der FPÖ, alle Fraktionen einen Antrag auf Abhaltung einer Bürgerversammlung zu diesem Thema eingebracht. Sobald es konkrete Pläne gibt, soll der Termin dafür bekannt gegeben werden. Zur Absicherung ihrer Forderungen, sammeln die Anrainer Unterschriften für eine Petition gegen das Bauvorhaben. **Mittlerweile haben schon 1000 (!) Bürger die Petition unterzeichnet.**

Für Sie erreicht ...

Kreuzungsbereich Futterknechtgasse / Premgasse entschärft

Obwohl der Kreuzungsbereich Futterknechtgasse/Premgasse mit einem unbedingten Haltegebot (Stopptafel) versehen ist,

kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Unfällen. Dabei wurden auch Schäden an umliegenden Grundstückseinzäunungen verursacht.

Auf Grund unseres Antrages wurde nun ein weiterer Versuch unternommen, den Kreuzungsbereich zu entschärfen. Dafür wurde die Stopptafel portalartig eingerichtet und eine zusätzliche Stopptafel auf der linken Seite angebracht.



Die Verkehrssicherheit der Straßenkreuzung wurde erhöht.

Liesing ist Spitzreiter bei Feinstaubbelastung

Serie: Teil 1

Feinstaub: So dreckig ist Österreich

Ranking: Hier gibt es die höchste Belastung im Land

Ort	Feinstaubwert*
1. Graz-Dorn Bosco (Stmk.)	32,1
2. Graz-Süd (Stmk.)	30,9
3. Graz-Ost (Stmk.)	30,8
4. Leibnitz (Stmk.)	30,2
5. Wien-Liesing	29,9

Lebensgefahr Feinstaub: Risiko von Krebs- und Atemwegserkrankungen.

Quelle: Jahresbericht der Luftgütemessungen 2013

Wien: Größte Belastung in Liesing und in Favoriten

Die schlimmste Feinstaub-Belastung in Österreich gibt es in Wien-Liesing und in Favoriten.

Ausschnitt aus der Zeitung Österreich.

Der Jahresbericht der Luftgütemessung des Umweltbundesamtes, nennt Liesing und Favoriten als Bezirke mit der höchsten Feinstaubbelastung in Wien. Österreichweit weisen nur noch Graz, Leibnitz und Linz höhere Feinstaubwerte auf. Häufigste Feinstaubquellen sind der Straßenverkehr, die Industrie und der Hausbrand.

„Ein Dorf, das im Verkehr erstickt!“

Treffend titelte die Wiener Zeitung über Liesing: „Ein Dorf, das im Verkehr erstickt!“ Das tägliche Verkehrschaos in manchen Liesinger Bezirksteilen ist bereits unerträglich - besonders in den Westeinfahrten in Kalksburg und Rodaun. Liesing leidet vor allem durch den starken Pendlerverkehr aus Nieder-

Die Liesinger Freiheitlichen haben deshalb auch an der Protestdemo vor dem Parlament teilgenommen.

FPÖ: Ausweitung der Kernzone dringender denn je

Um der Feinstaubproblematik - auch auf Bezirksebene - entgegen zu wirken, fordern wir seit Jahren den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und die Ausweitung der Wiener Kernzone auf die Umlandgemeinden. Mit dieser würden sich die Kosten für die Einpendler aus den Umlandgemeinden auf 365,- € reduzieren und den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver machen. Eine Maßnahme von der alle Beteiligten profitieren würden. Die Ausweitung der Kernzone kostet natürlich, aber solange Geld für „Ampelpärchen“ und singende Kanaldeckel ausgegeben wird, sollte unser Geld vorrangig für Maßnahmen eingesetzt werden, die unsere Gesundheit schützen und helfen die Verkehrssituation in Liesing zu verbessern!

österreich und den zahlreichen Wohnbauvorhaben ohne Verkehrskonzept, mit der die Liesinger Bevölkerung von der Rot/Grünen Rathausregierung stetig „zwangsbeglückt“ werden.

Feinstaub durch Flugverkehr

Eine nicht zu unterschätzende Feinstaubquelle ist der Flugverkehr. In Untersuchungen stellte sich dieser Feinstaub als besonders gesundheitsschädlich dar.

Der Grund dafür ist, dass die Feinstaubpartikel wesentlich kleiner als die herkömmlichen sind und dadurch viel tiefer in die Lunge eindringen können. Obwohl dieser Umstand durch Studien belegt ist, bleibt der Flugverkehr als Feinstaubversucher meist unerwähnt. Es entsteht der Eindruck, als wollten die Verantwortlichen diese Feinstaubquelle verschweigen.

Das freie Wort - Ihre Meinung zählt

Unter der Rubrik "Das freie Wort" geben wir unseren Bürgern die Möglichkeit, ihre Meinung zu aktuellen Bezirksthemen niederzuschreiben. Beiträge können, im Einverständnis mit den Verfassern, gekürzt werden. Die Redaktion.



Wir für Liesing - Ihre Ansprechpartner

In eigener Sache

Nur wenn Sie uns rasch informieren, können sich unsere Bezirksräte auch rasch für Sie und Ihre Anliegen einsetzen. Helfen Sie uns, Liesing für Sie schöner und lebenswerter zu machen.

Die Sprechstunden unserer Bezirksräte finden Sie auf unserer Homepage:

www.liesing.fpoe-wien.at

In dringenden Fällen sind wir für Sie auch am Wochenende und in der Ferienzeit erreichbar:



Bezirksparteiklubobmann
BR Roman Schmid
Tel.: +43(0) / 664-4414075
E-Mail: roman.schmid@fpoe-wien.at



BR Ing. Wolfgang Ulbrich
Tel.: +43(0) / 680-2050815
E-Mail: wolfgang.ulbrich@fpoe-wien.at



BR Sabine Kotasek
E-Mail: sabine.kotasek@fpoe-wien.at



BR Pavel Vccek
E-Mail: pavel.vccek@fpoe-wien.at

IMPRESSUM
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Für den Inhalt verantwortlich:
Bezirksparteiobmann
LAbg. Mag. Wolfgang Jung
1082 Wien, Wiener Rathaus - Klub der Freiheitlichen
Tel.: +43(1) / 4000-81746
Fax: +43(1) / 4000-99-81741
E-Mail: jung.w@inode.at
Fotos: Archiv FPÖ-Liesing

„Das Blaue Blatt“ ist eine kostenlose Informationszeitschrift und berichtet schwerpunktmäßig aus den einzelnen Liesinger Bezirksteilen.